
FDP Hochtaunus

UNTERSTÜTZUNG DER STÄDTE OBERURSEL UND STEINBACH GEGEN UNVERHÄLTNISSMÄSSIGE SIEDLUNGSPLÄNE DER STADT FRANKFURT

14.09.2017

Antrag der FDP-Kreistagsfraktion „Unterstützung der Städte Oberursel und Steinbach gegen unverhältnismäßige Siedlungspläne“

Bezugnehmend auf die in den Medien seit Monaten geführten Debatte zum neuem Frankfurter Stadtteil östlich wie auch westlich der Autobahn 5 nimmt die FDP-Kreistagsfraktion auch den Hochtaunuskreis in der kommenden Sitzung des Kreistages in die Pflicht. So möchten die Hochtaunusliberalen den Kreistag um die Unterstützung für die Städte Steinbach (Taunus) und Oberursel bei ihrem Versuch die Bebauung westlich der A5 zu verhindern bitten.

„Diese Bitte richtet sich nicht zuletzt an den Landrat des Hochtaunuskreises, Ulrich Krebs, der sich als Mitglied des Vorstandes des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain nicht nur gegen das Bauvorhaben einsetzen kann, sondern auch aktiv Einfluss auf eine mögliche infrastrukturelle Erschließung des neuen Stadtteils hat“, erklärt FDP-Kreisvorsitzender Philipp Herbold. So dürfe der Anschluss dieses neuen Stadtteils nicht zu Lasten des Vordertaunus erfolgen. Auch sollte der Landrat, so die FDP-Kreistagsfraktion, versuchen auf die Art der Bebauung und die daraus resultierende Siedlungsdichte Einfluss zu nehmen.

„Die Bevölkerungen von Oberursel/Weißkirchen und Steinbach haben in vielen öffentlichen Reaktionen, sowie in den öffentlich zuständigen Ausschusssitzungen ihre Ängste und Sorgen zum Ausdruck gebracht. Dabei ging es vorrangig um die offenen Fragen der verkehrlichen Erschließung und der Möglichkeit eines massiven verdichteten

Wohnraums, der sich bis an die eigene Stadtgrenze erstrecken könnte“, so Herbold.

Eine Verschmelzung der Grenzen der Stadt Frankfurt sowie der Gemeinden des Hochtaunuskreises schaden in den Augen der Liberalen auch dem Bild unserer Region, welche sich durch die Masse an kleinen und mittleren Gemeinden neben der Metropole Frankfurt und inzwischen von Taunushängen und Feldern attraktiv aufgestellt hat.

Auch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Steinbach hat bereits am 28.8.2017 eine Resolution zu diesem Thema beschlossen.

„Es ist dringend nötig, dass auch der Kreis eine Entscheidung fällt. Wir können die Bürger in Steinbach und Oberursel nicht in dieser Debatte alleine lassen. Es liegt am Kreistag und vor allem dem Landrat, die Wünsche und Hoffnungen unserer Bürger zu hören und sich dafür einzusetzen“, findet Herbold.

Auch der Bürgermeister der Stadt Steinbach und Fraktionsvorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion Dr. Stefan Naas hat dieses Problem schon oft benannt. „Wir haben Sorge, dass wir faktisch ein verlängerter Stadtteil von Frankfurt werden“, so Naas, „aber ohne die Unterstützung des Kreises und dessen Engagement im Regionalverband rückt eine Lösung zum Wohle und Nutzen Aller in weite Ferne.“

Die FDP-Vorsitzende in Oberursel und Mitglied des Kreistags Katja Adler beschäftigt sich ebenfalls intensiv mit dieser Entwicklung. „Die Stadt Frankfurt plant und prüft derzeit die Möglichkeiten der Bebauung des Gebiets östlich und westlich der A5, wobei einer Bebauung westlich der A5 hohe Hürden entgegenstehen. Dabei geht es für Oberursel-Weißkirchen nicht in erster Linie um die Nähe zum neuen Stadtteil sondern um die Verträglichkeit insbesondere hinsichtlich der infrastrukturellen Notwendigkeiten. Eine Trabantenstadt will niemand. Das kann auch nicht im Interesse Frankfurts sein“, so Adler.

Die FDP Hochtaunus hofft auf eine breite Mehrheit im Kreistag und auf eine gute Zusammenarbeit aller demokratischen Fraktionen in dieser Frage.